

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

7.9.1865 (No. 211)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. September.

N. 211.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gesparte Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Telegramme.

† **Berlin**, 6. Sept. Die „Provinzialkor.“ schreibt: Hr. v. Bismarck wird nach Erledigung dringlicher Geschäfte auf mehrere Wochen nach Biarritz reisen. Gegen den Redakteur May, als preussischer Unterthan, ist bei dem der holländischen Grenze zunächst liegenden Kreisgericht Berleberg eine Untersuchung wegen gefährlicher und verbrecherischer Wälsereien gegen das preussische Landesinteresse anhängig.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, daß auch die Trennung der Zollverwaltungen und deren Oberleitung in den Herzogthümern beschlossen worden ist.

† **London**, 6. Sept. Cameron ist laut einer Meldung aus Suez an das auswärtige Amt aus der abyssinischen Gefangenschaft entlassen worden.

## Deutschland.

**Kassel**, 4. Sept. Die „Kass. Ztg.“ theilt heute ebenfalls die Entscheidung des Oberappellationsgerichts in der Jagdgesetzfrage mit und bemerkt dazu ziemlich unzweideutig zweideutig:

Mit dieser Entscheidung ist die Ungültigkeit der Jagdverordnung vom 26. Jan. 1854 und die fortwährende rechtliche Wirksamkeit des Jagdgesetzes vom 1. Juli 1848 von dem höchsten Gerichtshof ausgesprochen worden — es ist ausgesprochen worden, daß in Kurland die Gerichte befugt seien, die Verfassungsmäßigkeit landesherrlicher Verordnungen zu prüfen und darüber zu entscheiden.

**Bremen**, 4. Sept. Die „Weser-Ztg.“ erklärt: „Hiesige und auswärtige Blätter bringen die Nachricht, daß die seit einiger Zeit von neuem hier eröffneten Unterhandlungen zwischen Bremen und dem Zollverein bereits wieder abgebrochen seien. Diese Darstellung ist nach dem, was wir vernahmen, nicht richtig. Die Verhandlungen sind nicht abgebrochen, vielmehr noch in der Schwebe, einstweilen freilich unterbrochen, indem die Kommissäre des Zollvereins, um sich in Betreff der zu erledigenden Differenzen mit ihren Regierungen zu benehmen, von hier abgereist sind.“

**Hamburg**, 5. Sept. (Frkf. Bl.) Dem „Hamburg. Korresp.“ wird die Thatsache bestätigt, daß ehemalige Dänische Gesandte als Oberbeamte im Herzogthum Schleswig eingesetzt würden, unter Anderen auch Arthur Reventlow. Die Flensburger „Nordd. Ztg.“ bedauert, dasselbe melden zu müssen.

**Kiel**, 5. Sept. Die „Kiel. Ztg.“ bringt die Feststellung der Verlegung preussischer Truppen. Nach Kiel kommt ein Seebataillon und Seecavallerie; nach Rendsburg zwei Bataillone Infanterie, eine Abteilung Fußartillerie; nach Lauenburg ein Bataillon Infanterie, ein Bataillon Jäger und eine Schwadron Dragoner. — Die „Ish. Ztg.“ berichtet: Der Ausschuss der schlesw.-holst. Vereine hat zu einer Delegirtenversammlung am nächsten Freitag in Neumünster aufgefodert. — Die Flensburger „Nordd. Ztg.“ berichtet: Amtmann Kraus und Polizeimeister Nitzig haben angezeigt, daß sie am 14. Sept. aus dem Dienst treten.

**Berlin**, 5. Sept. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt heute, daß der Bericht des dänischen Legationens Hanse über die Abtretung von Nordschleswig (s. gestr. Bl.) das Gepräge der Erfindung auf der Stirn trage, und es scheint ihr überflüssig, zu versichern, daß die darin in Bezug auf Hr. v. Bismarck erwähnten Thatsachen reine Phantasiestücke seien. Das genannte Blatt fährt dann fort:

Ein an die „Kiel. Ztg.“ gerichtetes Schreiben des französischen Konsuls in Kiel, Hr. v. Balois, dessen Persönlichkeit gleichfalls in das Gewebe der Erfindungen des Berichts gemischt war, erklärt das Gleiche in Betreff der seine Person betreffenden Thatsachen. So viel wir übersehen können, ist die gegenwärtige Veröffentlichung des lägenhaften Berichts des Hrn. Hanse auf Antrieb des Kopenhagener konservativen „Märzverein“ ausgegangen. Die konservative dänische Partei, welche aller wegen einer Rückgabe Nordschleswigs eingeleiteten Intriguen und Agitationen von Bille und Genossen selbst herzlich müde ist, hatte wahrscheinlich die Absicht, auf diese Weise den noch immer in Paris verweilenden Hanse, den Genossen Hrn. Bille's, unmöglich zu machen.

Ein Berliner offiziöser Korrespondent der „Hamb. Börs.-Halle“ tritt dem in verschiedenen Blättern aufgetretenen Gerücht, als habe Preußen bei den Verhandlungen in Gastein das Zugeständniß gemacht, daß von der weiteren Verfolgung der Absicht, einen Handelsvertrag des Zollvereins mit Italien zu Stande zu bringen, vorerhand abgesehen werden soll, auf das entschiedenste entgegen und versichert, daß die Gasteiner Verhandlungen auf die Regelung der Herzogthümerangelegenheiten absolut beschränkt geblieben und keinerlei anderweitige politische Fragen in dieselbe hineingezogen seien.

Aus Veranlassung einer vom f. Handelsministerium gestellten Anfrage, ob direkte Verbindungen Breslauer Firmen mit Italien bestehen, und auf welche Handelsartikel dieselben vorzugsweise sich erstrecken, hat die Breslauer Handelskammer beschloffen, in einem Bericht an den Handelsminister die Nothwendigkeit eines baldigt abzuschließenden Handelsvertrags mit Italien vom Standpunkt des gesammten deutschen Handels überhaupt, und des preussischen insbesondere, zu erörtern, dabei auch diejenigen Artikel namhaft zu machen, bezüglich deren Breslau und die Provinz Schlesien vorzugsweise interessiert erscheinen. Es sind dies Spirit, Luche, Leinwand, halbmollene Waaren, Metalle und Metallwaaren, Zint, Posamentierwaaren und seine Luxusreizzeuge für den Export nach Italien, Strohhüte, Schusterhanf, Seidfrüchte und Del für den Import aus Italien.

† **Berlin**, 5. Sept. Wie die „Militär. Blätter“ melden, wird von der biesseitigen Regierung die Absicht gehegt, am Allensund (wohl in Hörup-Haff) ein besichtigtes Marine-Etablißement zu errichten. — Der Vorsitzende des Komitees für die Anlegung eines Nord-Ostsee-Kanals, Staatsminister a. D. v. D. Heydt, hat neuerdings den Mitgliedern des Komitees ein Rundschreiben zugehen lassen, welches über den jetzigen Stand der Vorarbeiten zu dem Unternehmen Mittheilung macht. In demselben wird u. A. hervorgehoben: Der Kriegsminister verlange im Marineinteresse eine östliche Ausmündung des Kanals in die Kieler Bucht, und Se. Maj. der König habe die Gewährung einer die Ausführung der Kanalanlage ermöglichenden finanziellen Unterstützung im Allgemeinen genehmigt. Zunächst werden auf der Linie Steinbrücke-Kiel Nivelllements und Terrinaufnahmen ausgeführt. Bekanntlich hat die schleswig-holsteinische Landesregierung dem Geh. Oberbaurath Leunze die dazu nöthige Erlaubnis gewährt. Von dem Ergebnisse dieser Vorarbeiten wird es wesentlich mit abhängen, ob auf der Linie Steinbrücke-Kiel der Hauptkanal, oder ein Zweigkanal lediglich

für Marinezwecke angelegt wird. — Im Gefolge Sr. Maj. des Königs trifft übermorgen Abend der Ministerpräsident v. Bismarck aus Baden-Baden in Berlin wieder ein. Unter dem Vorsitz desselben sollen in nächster Zeit mehrfache Beratungen des Staatsministeriums stattfinden. Wie es heißt, wird Hr. v. Bismarck in der zweiten Hälfte dieses Monats sich zum Gebrauch des Seebades nach Biarritz begeben. — Ihre Königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin hat ihre Rückkehr nach Potsdam bis zum 6. d. M. verschoben.

**Wien**, 5. Sept. Die „Generalkorr.“ meldet, daß Hr. v. Halbhuder dem neuen Statthalter in Holstein, F. M. v. Gablenz, in der nächsten Zeit seines Wirkens mit seiner umfassenden Kenntniß der Landesverhältnisse zur Seite stehen werde.

**Wien**, 5. Sept. (W. K. B.) Die „Debatte“ beschwichtigt die Dejongnisse polnischer Blätter, daß die Landtage doch nicht einberufen werden, in folgender Weise: In maßgebenden Kreisen steht die Absicht fest, die Landtage diesseits der Leitha in der Mitte November, spätestens Anfangs Dezember, zusammenzutreten zu lassen. Auch die Landtage jenseits der Leitha werden im November, spätestens Dezember, tagen. Die „Debatte“ hebt hervor, das Programm der Regierung sage, die Thätigkeit der Landtage von Ungarn und Kroatien solle mit der Vorlage des Oktober-Diploms und Aufhebung der Februar-Verfassung beginnen. Belcredi betrachte die größere Selbstständigkeit der Gemeinden, welche sich in Ungarn bewährte, als unerlässliches Mittel zu freierlicher Entwicklung. Die Regierung werde dem Landtag diesseits der Leitha deshalb neue Vorlagen machen.

**Wien**, 5. Sept. (Fr. Z.) F. M. v. Gablenz reist am nächsten Montag ab. Wie man vernimmt, soll auch die Zollverwaltung der Herzogthümer getrennt und in Rendsburg eine gemeinsame Zollkasse errichtet werden.

## Italien.

**Florenz**, 3. Sept. (Köln. Ztg.) Die Mazzinistischen Heißsporne haben den Unglückstag von Aspromonte, 29. August, benützt, um da und dort und besonders in Florenz Gassenlärm zu machen. Unter dem Rufe: „Garibaldi hoch!“ durchzogen sie die Stadt und versammelten sich alsdann auf dem Gemeindeplatz, wo die Nationalgarde von ihnen mit Steinen angegriffen, der Oberbürgermeister Cassa verwundet und das Mobiliar im Gemeindehaufe zertrümmert wurde. Eine Kavalleriecharge trieb das Gesindel zu Paaren; der anständigere Theil der Bevölkerung verhielt sich ruhig und untadelig.

\* **Florenz**, 4. Sept. Die offizielle Zeitung meldet, daß der König gestern den neuen brasilianischen Gesandten, Hrn. Loureiro, empfangen hat, welcher Sr. Maj. seine Kreditiv überreichte. Der König wird am 6. nach dem Lager von Tojano abreisen. Er wird von den Generalen Lamarmora und vom Kriegsminister Pettiti begleitet werden.

**Florenz**, 5. Sept. (W. L. B.) Der frühere Deputirte R. A. eli ist zum Generalsekretär beim Ministerium des Innern ernannt. Das bisher von Napoli verwaltete Unterrichtsministerium ist dem Deputirten Ferraris angeboten worden.

## Frankreich.

\* **Paris**, 5. Sept. Der Kaiser, die Kaiserin und der kais. Prinz werden morgen, den 6. d. M., nach Biarritz

## Die Sonne.

(Fortsetzung aus Nr. 210.)

Nachdem man auf diese Art wichtige Aufschlüsse über die Beschaffenheit der Sonne erhalten hat, wird es von Interesse sein, auch andere Himmelskörper auf ähnliche Art zu untersuchen. Der Mond und die Planeten geben, da sie nur oder doch größtentheils in dem Lichte leuchten, welches sie von der Sonne erhalten, dasselbe Spectrum wie diese. Nicht so die Fixsterne; die Spectra sind eben so verschieden unter einander wie dem Sonnen-Spectrum unähnlich. Sicher scheint zu sein, daß die Fixsterne der Sonne ähnliche, glühende, mit gasförmigen Atmosphären umgebene Körper sind; gewisse Substanzen, die auf der Erde sehr verbreitet und auch in der Sonne deutlich bemerkbar sind, finden sich in vielen der untersuchten Fixsterne. Anders dagegen eine Klasse der sogenannten Nebelsterne, gewisser nebelartiger, schwach leuchtender Gebilde am Fixsternhimmel, die aus sehr dünner, selbstleuchtender Materie bestehen müssen, welche Räume erfüllen, deren Dimensionen um das Hundertfache und mehr die Entfernung der Sonne von der Erde übertreffen. Diese Nebelsterne müssen glühende Gasmassen ohne Kern sein; Sauerstoff und Wasserstoff scheinen zwei Hauptbestandtheile von ihnen auszumachen.

Die heutige Wissenschaft hat so ziemlich außer allen Zweifel gesetzt, daß Licht und Wärme nur in der Art, wie wir ihrer bewußt werden, sich unterscheiden. Fragen wir nun, welche der beiden Erscheinungen größere Bedeutung für uns hat.

Ohne das Licht der Sonne wäre die Erde, wären alle Himmelskörper unseres Planetensystems von ewiger Nacht bedeckt, entbehrten wir den taufendfältigen Nutzen und Genuß, den uns jetzt die Farben bieten. Immerhin aber könnten die meisten organischen Wesen, wenigstens eine Zeit durch, auch wohl ganz ohne Licht leben. Unzählige Operationen der Natur gehen eben so gut und thätig im Lichte wie bei dessen Abwesenheit vor sich. Der Mangel desselben, wo er (z. B.

bei der Blindheit der Thiere) eintritt, hindert die anderen Funktionen des Körpers derselben keineswegs an ihrer Thätigkeit, ja die geistige Kraft des Menschen wird dadurch zuweilen sogar erhöht. Das Licht ist demnach gleichsam nur ein Gegenstand des Luxus der Natur, und wenigstens für viele Dinge und auf längere Zeit entbehrlich. Daher spendet es die Natur auch nicht mit unbegrenzter Freigebigkeit, sondern sie beobachtet dabei jene zurückhaltende Oekonomie, die sie sich bei allen den Gaben vorzuschreiben pflegt, welche bloß das Vergnügen ihrer Geschöpfe, nicht aber die unentbehrlichen Bedürfnisse derselben zum Zweck haben. Die Wärme dagegen hat sie überall und für Alle mit der freigebigsten Hand ausgegossen. Dieses Geschenk findet sich zu allen Zeiten und an allen Orten. Jeder Körper, selbst der unorganische, selbst der luftförmige, enthält sie in reichlichem Maße. Die todtte Masse des Wassers, der Erde, der Steine, und was wir überhaupt durch irgend einen unserer Sinne erkennen, ist damit angefüllt. Dem Einfluß der Wärme ist alle jene endlose Verschiedenheit der Gestalten zuzuschreiben, die über die Erde verbreitet sind. Unser Festland, unsere Meere und Flüsse, unsere Atmosphäre selbst könnten nicht einen Augenblick so bleiben, wie sie sind, wenn ihnen die Wärme entzogen wäre, und Alles würde ohne diese in eine rohe, starre, formlose Masse zusammenfallen. Die Luft, die uns umgibt, müßte, sobald ihr die Wärme entzogen würde, in eine dicke harte Rinne zusammenschrumpfen, welche die Erde rings umschließen und ihre Geschöpfe in ein einziges undurchdringliches Grab stürzen würde. Die Wärme ist die Mutter und die Amme aller organischen Wesen, und selbst die unorganischen entspringen nur aus ihrem Schoße. Jeder Körper der Natur, wie groß seine Masse oder wie fein auch sein Gewebe sein mag, verankert seine Entstehung und seine Erhaltung nur der Wärme. Nehmt die Wärme weg aus der Natur, und sofort verschwindet auch alle Bewegung, alle Formgebung und alles Leben aus derselben, und das alte Chaos tritt wieder in seine Rechte ein.

Auch unsere Künste und Manufakturen können sie so wenig wie die

Natur selbst entbehren. Welche Veränderungen wir auch mit den Körpern, wie sie uns die Natur gegeben hat, vornehmen mögen, sie bestehen alle nur in der Trennung oder Zusammenfügung ihrer Theile und in einer unsrer Zwecke gemäßen Verwandlung ihrer Gestalt. Wir schmelzen sie, um ihnen eine andere Gestalt zu geben, wir trennen die zusammengesetzten, um ihre uns nutzlosen oder schädlichen Theile zu entfernen, und wir verbinden die getrennten wieder, um sie auch dadurch unsrer Absichten dienlich zu machen. In allen diesen Operationen ist die Wärme das wichtigste, oft das einzige Instrument. Auf ihren Wink erweichen die härtesten Körper, das Gold wird weich, das Eisen Wasser und die ganze Natur wird verändert, um unsrer Bedürfnisse, um unserm Vergnügen, oft selbst nur um unsern Einfällen zu gehorchen. (Schluß folgt.)

† **Judd**. Die Schmuckfäden, welche schon seit längerer Zeit unter diesem Namen in den Handel kommen, von Damen viel getragen werden und sich durch Leichtigkeit und hübsches Ansehen auszeichnen, sind nicht unmittelbar aus Steinkohlen, oder, wie man oft hört, aus Anthracit gedreht, sondern haben einen einfacheren Ursprung. Die billigen Schmuckfäden sind aus einem Gemisch von Braunkohlenpulver und Steinkohlenpech gemacht. Es gibt eine große Reihe von Abmischungen; die feinsten sind dargestellt aus dem härtesten Steinkohlenpech, dessen Härte durch Zusatz von Braunschwarz und bergl. vermehrt wird. Während das echte Judd leicht zerbricht, ist das in neuester Zeit erscheinende imitirte Judd durch die Imitation so verbessert, daß man es auf dem Ambos mit dem Hammer bearbeiten kann, ohne daß es wesentlich verändert wird.

— Man schreibt aus München: Der hochgeachtete Prof. Döbereder, der seit voriger Woche im nahen Rosenheim im Familienkreise verweilt, kam am 3. d. hier durch; er begab sich nach Bamberg und wird in den nächsten Tagen wieder hier eintreffen.

abgehen. — Dem „Bays“ gehen aus Neuenburg Privatnachrichten zu, welche bezüglich der Verwundeten vom 24. August sehr befriedigend lauten. — Auf telegraphischem Wege trifft aus Lissa 60 die Nachricht ein, daß das neue Ministerium nunmehr folgendermaßen zusammengesetzt ist: Hr. Aquiles, Ministerpräsident und Minister des Innern; Graf de Carro, Auswärtiges und öffentliche Arbeiten; Torres-Novas, Krieg; Fontes, Finanzen; Praia-Grande, Marine; Barjona, Justiz. Die Kammern werden nächstens vertagt werden.

Der „Temps“ hat eine offiziöse Mitteilung erhalten, weil er ein der „Gazette de France“ erteiltes Communiqué, in einem eines ernsten Blattes unwürdigen zweideutigen Ton kritisiert hatte. So hatte der „Temps“ sich herausgenommen, zu behaupten, daß es seit 1852 keine Ministerverantwortlichkeit mehr gebe. Die offiziöse Mitteilung lehrt das Zweideutige Blatt, daß nach Art. 13 der Verfassung von 1852 jeder Minister in dem ihn betreffenden Ressort dem Kaiser für die Handlungen der Regierung verantwortlich sei. Eben so wenig verstoße die Regierung gegen das allgemeine Stimmrecht, wenn sie den Bürgermeister nicht aus der Zahl der gewählten Bürgermeister nehme. Die Regierung nehme, „so weit es möglich sei“, die Bürgermeister aus dem Gemeinderath, und könne also nicht, wie der „Temps“ ihr vorwerfe, gegen das allgemeine Stimmrecht sich veräußern, wenn sie von einem ihr zuständigen verfassungsmäßigen Recht Gebrauch mache.

Nach allen Nachrichten hat sich die Cholera jetzt definitiv in Marseille eingemischt. Der „Cour. de Marseille“ meldet, daß nach den amtlichen Listen am 2. Aug. 61 Personen, worunter 24 Kinder gestorben sind. Die Zahl der Cholerafälle darunter betrug 35. Am 3. Sept. waren um 2 Uhr Nachmittags als gestorben angemeldet 65 Personen, worunter 34 an der Cholera. Die „Epoque“ führt bittere Beschwerden darüber, daß man von Seiten des Präfecten, Hn. v. Maupas, das Verlangen des Generalraths, die geeigneten Vorsichtsmaßregeln gegen das Einschleppen der Krankheit zu treffen, zurückgewiesen habe. Der Bürgermeister von Marseille habe eine der seines Vorgesetzten entsprechende Haltung dem Stadtrath gegenüber eingenommen. „Durch ihre strafbare Nachlässigkeit — scheint sich die „Epoque“ nicht gerade herauszufagen, — haben die Behörden von Marseille eine Verantwortlichkeit auf sich genommen, die sie jetzt nicht mehr von sich abwägen können, und die keineswegs geeignet ist, die Bürgerschaft zu einer der Regierung günstigeren Abstimmung für die Zukunft zu veranlassen. Dem „Progrès“ von Lyon schreibt man: Hr. v. Maupas, Präfect des Departements der Rhonemündungen, besucht beinahe alle Tage die Spitäler von Marseille, und spendet den Kranken Trost und Hilfe. Diese Besuche machen einen um so bessern Eindruck, als Hr. v. Maupas seit einiger Zeit aus Gesundheitsrücksichten in den Bädern v. Vagnères zurückgehalten war. Der Bürgermeister von Marseille, Hr. Berner, hat angeordnet, daß alle Apotheken die Arzneimittel an unbemittelte Personen unentgeltlich zu liefern haben. Der für die Winterreisen angeordnete Tenorist Wicart ist aus Furcht vor der Cholera plötzlich abgereist. Er wird etwa 10,000 Fr. Neugeld zu bezahlen haben. Als eine eigenthümliche Erscheinung merkt man, daß seit dem Auftreten der Cholera die zahllosen Katten, von denen Marseille heimgesucht war, sämtlich unsichtbar geworden seien. — Seit dem 1. Aug. werden die auf der Eisenbahn von Marseille kommenden Reisenden in einem zu diesem Zweck besonders hergerichteten Saal des Bahnhofes einem Ausräucherungsproceß unterzogen. — Rente 69.15, Cred. mob. 806.25, ital. Anl. 66.20.

#### Spanien.

\* Madrid, 4. Sept., Abends. Man meldet von Gibraltar, den 2. d. M., daß seit dem vorhergehenden Tage nur 2 Cholerafälle vorgekommen waren, wovon 1 Todesfall. Der Prinz Amadeus von Savoyen war am 1. d. in Gibraltar angelangt.

#### Dänemark.

Kopenhagen, 2. Sept. (Köln. Ztg.) Zur Feier der am 7. d. M. stattfindenden Eröffnung der Eisenbahn auf Föhnen reist der König mit seiner ganzen Familie am 6. über Korsör dahin ab, und wird nachher mehrere Städte der Insel besuchen. Am 10. treten die hohen Reisenden dann die schon länger beabsichtigte Reise nach Jütland an. — Das Projekt der neuen Hafenanlagen bei Helsingör, durch welche dieser Stadt ein etwaiger Ersatz für den großen Verlust erwachsen würde, den sie durch die Aufhebung des Sundzolls erlitt, nähert sich jetzt der Verwirklichung. Die wesentlichsten Vorarbeiten sind nicht bloß beendet, sondern es hat sich auch eine Kommission zur Förderung der Angelegenheit und Beseitigung der im Wege stehenden Hindernisse gebildet, zu der einflußreiche Männer in verschiedenen Lebensstellungen gehören. Den Vorsitz in derselben führt der Lehngraf Holstein-Holsteinborg, und sein Stellvertreter ist der Bürgermeister Drik. Eine Deputation derselben hatte bereits Audienz beim König, der ein lebhaftes Interesse für die Angelegenheit aussprach. Auch der Großfürst Konstantin zeigte bei seiner Anwesenheit in Helsingör großes Interesse für die Anlage und ließ sich sämtliche Pläne dazu vorlegen; er soll dabei seine Ueberzeugung ausgesprochen haben, Helsingör werde durch diese Hafenanlage das werden, wozu es durch seine Lage bestimmt sei: das natürliche Depot für einen wichtigen Zweig des Welthandels.

Kopenhagen, 2. Sept. (Nat.-Ztg.) Die dänischgekauften Schleswiger sind im Lauf des Nachmittags auf mehreren Dampfschiffen in dem Hafen der am Großen Belt gelegenen jeeländischen Eisenbahn-Station Korsör eingetroffen, und sie werden vermittelst eines Extrazuges in den heutigen Abendstunden die dänische Hauptstadt erreichen, nachdem sie auf sämtlichen, zwischen Korsör und Kopenhagen gelegenen Eisenbahn-Stationen von eigens zu dem Zweck gebildeten Festkomitees empfangen worden sein werden. In der unmittelbaren Nähe des Kopenhagener Bahnhofes-Gebäudes werden für Rechnung der Stadtkommune mehrere

Hundert Wagen der Ankunft der von den verschiedenen Blättern zu 2000 Köpfen veranschlagten Schleswiger harrten, und die Gäste (fast zur Hälfte Damen, „welcher Umstand dem Einquartierungscomitee“ — so äußerte gestern das schwedenfreundliche „Fädrelandet“ — „nicht unwesentliche Schwierigkeiten bereitet“) werden darauf unmittelbar in die ihnen reservirten Privatwohnungen abgeführt werden. Nach „Dagbladet“ vertheilen sich die erwarteten 2000 Schleswiger, wie folgt, über die verschiedenen schleswighen Distrikte: 1) Amt und Stadt Hadersleben 750, 2) Amt und Stadt Apenrade 300, 3) Insel Als und Landschaft Sundewitt 650, und 4) Amt und Stadt Flensburg 300 Personen. Dasselbe Blatt behauptet „nach zuverlässigen Mittheilungen“, daß noch mindestens (!) 1000 Schleswiger mehr kommen würden, wenn nicht bereits sämtliche Dampfschiffs-Plätze vergriffen gewesen wären. Das Hauptfest zu Ehren der Schleswiger wird am Dienstag auf der am Saume des „Thiergartens“ gelegenen Klampenborger Babanistalt abgehalten werden. Es wird zu diesem Zweck ein großes Speisegelt für 4000 Personen an Ort und Stelle aufgeführt.

Kopenhagen, 3. Sept. (Müln. Kor.) Die Vertreter der deutschen Mächte haben wegen des Besuchs der Königin in Schleswiger eine Interpellation an die Regierung gerichtet. Der Minister des Aeußeren erwiderte: das Ministerium werde kompromittirende Demonstrationen verhindern.

#### Griechenland.

Athen, 26. Aug. (W. Bl.) Der Deputirtenkammer wurde der Vertrag mit einer französischen Gesellschaft in Betreff der Austrocknung des Sees Kopais vorgelegt. Die Gesellschaft verpflichtet sich, der Regierung eine Anleihe von 170,000 Drachmen zu machen. — Die Korinthernernte ist der Qualität nach vorzüglich, der Quantität nach spärlich ausgefallen, die Getreidernte aber schlecht.

#### Afrika.

\* Nachrichten vom Cap der guten Hoffnung vom 28. Juli melden, daß der Krieg zwischen den Bassutos und dem holländischen freien Staat mit großer Heftigkeit fort-dauert. Die Nachrichten sind bis jetzt sehr günstig für den freien Staat, dessen Truppen zwei sehr starke Pläze, die den Bassutos gehörten, genommen haben. Das Land der Moll-toni, welches einen Bassutos zum Anführer hatte, ist gleichfalls besetzt und als Gebiet des freien Staates proklamiert worden. Man sagt, daß von den Bassutos Grausamkeiten an den englischen Unterthanen ausgeübt worden sind bei Gelegenheit des Angriffs der Bassutos gegen die Baers an der Grenze von Natal.

#### Amerika.

\* New-York, 23. Aug. Wenn von den gegen den früheren südstaatlichen Kapitän Henry Wirz gerichteten Anklagen sich auch nur ein geringer Bruchtheil beweisen ließe, so würde es hinreichen, ihn als eines der schrecklichsten Ungeheuer zu brandmarken, die je ein Krieg erzeugt hat. Die ersten Punkte der Anklage lauten darauf, daß in dem unter des Kapitans Kommando stehenden Gefängniß in Andersonville 10,000 nordstaatliche Kriegsgefangene wegen unzureichender Nahrung, verpesteten Trinkwassers, Mangels an ärztlicher Pflege, furchtbaren Straßungen für geringfügige oder erdichtete Vergehen umgekommen seien; daß 300 derselben von den Schildwachen erschossen worden seien, weil sie eine ungenügend bezeichnete und an vielen Stellen imaginäre Grenzlinie überschritten hätten; daß Wirz wilde Bluthunde auf solche Gefangene gehetzt habe, die einen Fluchtversuch machen wollten, wodurch 50 zerrißten oder zu Tod verstümmelt worden seien; daß Wirz weiterhin unter dem Vorwand der Vaccinirung viele Gefangene mit giftiger Materie habe impfen lassen, in Folge dessen unzählige 100 den Arm und 200 das Leben verloren hätten. Es folgen dann noch einzelne Anklagen: daß Wirz einen Gefangenen erschossen, einen andern zu Tod getreten, zwei tödtlich verwundet habe u. s. w. Die Anklage auf „Verschwörung mit Robert E. Lee, James A. Seddon, John G. Windau u. A.“ zu dem Zweck, die Kriegsgefangenen untauglich zu machen oder zu tödten, um dadurch die Arme der Vereinigten Staaten gegen die Gesetze des Völkerrechts und den Kriegsgesetz zu schwächen, wird vermuthlich nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Untersuchung gegen Wirz von neuem aufgenommen werden wird.

In Tennessee will die innere Ruhe noch nicht zurückkehren. Die Guerillabanden sollen bedeutend überhand genommen haben und zum Theil aus zurückgekehrten südstaatlichen Soldaten bestehen, die bei ihrer Ankunft in Ost-Tennessee mit Prügeln und andern Gewaltthatigkeiten empfangen worden seien. Bei Nashville soll eine organisierte Bande kürzlich 2 Kompagnien Soldaten in die Flucht geschlagen haben.

\* New-York, 26. Aug., Abends. (Mit dem „Moravian.“) Die Gefangenen, gegen die keine spezielle Aufschuldigung vorliegt, werden Pässe erhalten, unter der Bedingung, nicht ohne Erlaubniß des Präsidenten nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren. Es werden besondere Maßregeln bezüglich der Pässe der in die Empörung verwickelten Gefangenen genommen werden. — Der Dampfer „Jonathan“ ist vor Francisco gescheitert; 100 Personen sind ertrunken. — Der „Shenandoah“ setzt seine Verwüstungen fort; er hat noch kürzlich sechs Schiffe zerstört.

#### Baden.

Karlsruhe, 6. Sept. Der „Württemb. Beobachter“ theilt in seiner Nummer vom 19. Aug. mit, es seien der Rückkehr eines badischen Flüchtlings Dr. Bronner aus England von den badischen Behörden Schwierigkeiten bereitet und demselben insbesondere demüthigende Bedingungen auferlegt worden.

Diese Mittheilung ist nach eingezogenen sorgfältigen Erkundigungen vollkommen unbegründet.

\* Karlsruhe, 6. Sept. Die inländischen Blätter bringen bereits zahlreiche Nachrichten über die Wahlmänner-Wahl zur Kreisversammlung vom 4. d. M. Es geht daraus hervor, daß der Anhang zur Wahlsurne diesmal liberaler lebhafter war, als seit vielen Jahren.

Was den Ausfall der Wahlen betrifft, so war derselbe vielfach bis gestern noch nicht genau ermittelt; doch stand nach den bis jetzt vorliegenden Zeitungsnachrichten so viel fest, daß die Liberalen in den größten Städten des Landes nirgendwo und in den kleineren so spärlich gesiegt haben, daß ihre Siege nur als vereinzelte Ausnahmefälle erscheinen. Als solche Ausnahmen werden z. B. Meersburg, Engen, Waldkirch und Schwellingen genannt. Mehr Glück scheint die liberale Opposition in den Landgemeinden gehabt zu haben; jedoch auch hier weitläufig nicht dem Umfang, als sie gehofft haben mag. Der Sieg der Liberalen wird namentlich bereits gemeldet aus Konstanz, Ueberlingen, Stodach, Meßkirch, Radolfzell, Billingen, Hüfingen, Engen, Waldshut, Lörrach, Freiburg, Breisach, Waldkirch, Emmendingen, Wolfach, Offenburg, Karlsruhe, Mühlburg, Forzheim, Bretten, Bruchsal, Mannheim, Heidelberg, Mosbach u. s. w., und zwar wurde der Sieg vielfach mit ganz ungeheurer Mehrheit erfochten. Ueber die Wahlen an einzelnen der erwähnten Orte vergl. die nachfolgenden betr. Mittheilungen.

Karlsruhe, 6. Sept. Das Resultat der hiesigen Kreis-Wahlmänner-Wahl liegt nunmehr vor. Die Stadt war in vier Wahlbezirke eingetheilt. Wie wir schon gestern bemerkten, hat der liberale Wahlvorschlagn die eminente Majorität erhalten: im I. Bezirk Wahlberechtigte 932, abgegebene Stimmen 567; im II. Bezirk 1113, abgegebene 703; im III. 1192, abgegebene 804; im IV. 974, abgegebene 622. Im I. Bezirk erhielt der Höchststimmte auf dem liberalen Wahlzettel 467, der Niederste 363; der Höchststimmte auf dem liberalen Wahlzettel 70. Im II. Bezirk ebenso 573-545, der liberale 97. Im III. 689-641, liberaler 81; im IV. 510-420, liberaler 96.

Karlsruhe, 6. Sept. Gestern Abend nach 8 Uhr ist ein dem regelmäßigen Güterzug Nr. 40 nachfolgender Ergänzungs-Güterzug unweit der Station Langenbrücken auf offener Bahn zu halten. Wegen der an dieser Stelle befindlichen Krümmung der Bahn war dem Personal des nachfolgenden Ergänzungs-Güterzugs die rechtzeitige Berechnung dieses ungewöhnlichen Vorkommnisses erschwert. Die bereits eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob die für solche Fälle vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln im vollen Umfang eingehalten worden sind. Von dem Personal der beiden Güterzüge ist Niemand beschädigt worden.

\* Forzheim, 5. Sept. Die Theilnahme an den gestern stattgehabten Wahlen für die Kreisversammlung war hier eine sehr lebhaft. Wie von der liebhaften Einwohnerzahl erwartet werden konnte, gingen nur Freunde der neuen Ordnung, und zwar unbeschäftigt, aus der Wahlurne hervor. In mehreren Orten des Bezirks machte dagegen die Gegenpartei starke Anstrengungen, ihre Kandidaten durchzusetzen, und soll ihr dies zum Theil auch gelungen sein. Namentlich gilt dies in Bezug auf die meisten Orte des süßen Gemüthlichen Gebietes. Es ist als eine bemerkenswerthe Thatsache anzuführen, daß mehrere katholische Geistliche, welche sich in den bisherigen Konflikten ziemlich ruhig verhielten, nun ebenfalls in hervorragender Weise thätig zeigten, um Wahlen von gewisser Richtung herbeizuführen. Nicht minder ist bemerkenswert, daß an einigen Orten Ultramontane und Pietisten gemeinlichliche Sache machten.

Freiburg, 5. Sept. (Frbgr. Ztg.) Wie zu erwarten war, ist das Ergebnis der gestern hier vorgenommenen Wahlmänner-Wahl zur Kreisversammlung ein überaus glänzendes für die Verfassungspartei. Von sechsundsechzig Wahlmännern, die gewählt wurden, kommt ein verschwindend kleiner Bruchtheil — wie wir hören, etwa 5 oder 6 — den Liberalen zu Gute.

\* Konstanz, 5. Sept. Die Theilnahme bei den gestrigen Wahlen war eine äußerst lebhaft. Die vorgeschlagenen Wahlmänner der liberalen Partei wurden im ersten und dritten Distrikt mit einer Majorität von drei gegen ein Viertel gewählt; dagegen setzte der zweite Distrikt, in welcher die liberale Partei ihr größtes Gewicht hat, nämlich die Vorstadt und das Paradies, 6 Wahlmänner mit einer Majorität von durchschnittlich 12 bis 15 Stimmen durch.

In Meßkirch, Stodach, Ueberlingen sind die Wahlen im liberalen Sinn mit bedeutender Majorität ausgefallen, dergleichen in den hiesigen Landorten Reichenau, Wollmatingen, Altmannsdorf; dagegen liberal in Markelfingen, Allensbach, ferner in Meersburg und Engen.

#### Vermischte Nachrichten.

— Stuttgart, 4. Sept. (W. Sttg.) Nach Eröffnung der zweiten Sitzung des Vereinstags der deutschen Arbeitervereine erstattete Sonnemann aus Frankfurt Bericht über den Stand der Kasse, wozu von der vorjährigen bis zur diesjährigen Versammlung sich die Einnahmen auf 1624 fl. beliefen und 693 fl. sich noch in der Kasse befinden, gegen 527 fl. im vorigen Jahre. Dr. Lange aus Duisburg berichtet über die Wohnungsfrage und deren Lösung durch die Arbeitervereine und beantragt, unter Befähigung der schon vom vorjährigen Vereinstag in dieser Frage gefassten Beschlüsse, wozu dahin gewirkt werden soll, daß das Bauhandwerk freigegeben, die Freizügigkeit in ganz Deutschland eingeführt, jede Erschwerung des Baues kleiner Häuser aus den Bauordnungen entfernt und die Häuser-Baugenossenschaften von allen andern Arbeitervereinen und Genossenschaften möglichst unterstützt werden sollen, der heutige Vereinstag wolle noch weiter die Erklärung abgeben, daß die Baugenossenschaften nach dem System des Christens: „Jedermann Hauseigentümer“ der Beachtung der deutschen Arbeitervereine zu empfehlen seien, und daß es wünschenswert wäre, daß die Volksbanken den Baugenossenschaften, welche auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhen, Kredit erteilen und mit ihnen in Geschäftsvorbereitung treten.

Die Versammlung tritt sodann in die Verabfassung der beantragten Statutenänderung ein und beschließt: § 1 der Statuten beizufügen: Wenn der dritte Theil der dem Verband angehörenden Vereine den Antrag auf Abhaltung eines Vereinstags stellt, so ist derselbe innerhalb drei Monaten einzubringen. Die Bestimmung über die Beitragspflicht der Vereine (§ 3) wird dahin geändert, daß jeder Verein, welcher sich auf dem Vereinstag vertreten läßt, einen Beitrag von je 1 Sgr. für jedes seiner Mitglieder zu entrichten hat; die Mitgliedszahl soll nach dem Stand vom 1. Jan. jeden Jahres festgestellt werden. Endlich wird beschlossen, in § 4 Ziff. 5 den Satz: die Si-

hungen des Ausschusses finden immer im Wohnort des jeweiligen Vorsitzenden statt, zu streichen. Sodann erklärt der Ausschuss, daß er beabsichtigt, künftig auch die Vorbereitung öffentlich zu halten, und im Interesse der Zeitersparnis in denselben die Wahlen des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten des jeweiligen Vereinstags vorzunehmen; ebenso sollen bei denselben aus gleichem Grunde die üblichen Begrüßungen stattfinden. Bezüglich eines Vereinsorgans, Berichterstatter Dr. Lange aus Duisburg und Weidmann aus Leipzig, beschließt die Versammlung mit 30 gegen 22 Stimmen, daß sie ein solches nicht für notwendig erachte und dem ständigen Ausschuss überlasse, die erforderlichen Veröffentlichungen auf andere Weise zu bewerkstelligen, worauf Dr. Pfeiffer von hier über die Produktionsassoziation berichtet.

Er weist durch Beispiele, namentlich aus Frankreich, die großen Vorteile dieser Vereinigungen nach, aber auch auf die Hindernisse hin, welche diesen Gesellschaften hauptsächlich entgegenstehen und beantragt, der Arbeitstag möge aussprechen: 1) Eine gesetzliche Regelung der privatrechtlichen Stellung der Arbeiterassoziationen und besonders der Konsumvereine und Produktivassoziationen ist dringendes Bedürfnis. Es ist daher bei sämtlichen deutschen Regierungen darauf hinzuwirken, daß eine entsprechende Ergänzung der Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs vereinbart werde, welche diese Formen von Handelsgesellschaften anerkennt und ihre rechtlichen Beziehungen zu denjenigen, welche mit ihnen in Verkehr treten, regelt. 2) Der Vereinstag, indem er anerkennt, daß von vielen Kreditgesellschaften die weiter entwickelten Formen des Genossenschaftswesens in kräftiger Weise unterstützt wurden, bedauert, bei denselben nicht überall dasjenige Entgegenkommen zu finden, das von derartigen gemeinnützigen Anstalten erwartet werden sollte. An solchen Orten, wo eine Geschäftsverbindung mit den besprechenden Kreditvereinen nicht möglich erscheint, ist es Aufgabe der Arbeitervereine, durch Anwendung des Prinzips der genossenschaftlichen Selbsthilfe die erforderlichen Kreditinstitute selbst ins Leben zu rufen. Der ständige Ausschuss wird daher beauftragt, über die Mittel und Wege zu beraten, wie dies am besten auszuführen ist, und dem nächsten Vereinstag Vorschläge oder Anträge in dieser Richtung zu unterbreiten. 3) Die Arbeiter-Bildungsvereine sind der feste Boden für das Emporblühen der Produktivassoziationen. Es ist daher Pflicht der Arbeitervereine, durch Sorge für den geeigneten Unterricht sowohl, als auch durch Gründung der unteren Stufen von Genossenschaften, wie Sparvereine, Krankenkassen, Konsumvereine u. s. w., ihre Mitglieder zu den Produktivassoziationen vorzubereiten und heranzubilden.

Germann aus Leipzig stellt den Zusatzantrag: Der Vereinstag möge seinen ständigen Ausschuss beauftragen, auf dem nächsten Vereinstag die Frage zur Diskussion zu bringen: Sind die auf dem Prinzip der Dividendenverteilung beruhenden Vorkaufvereine denen, welche auf dem Prinzip der Amortisation beruhen, vorzuziehen oder nicht? und die dazu erforderlichen Vorarbeiten zu veranlassen. Horn aus Paris gibt nähere Aufschlüsse über die Einrichtung der Produktivgenossenschaften in Frankreich, erklärt sich mit den Ansichten und Anträgen Dr. Pfeiffer's vollkommen einverstanden, und bemerkt weiter, daß die Volksbanken für Handwerker in Frankreich bei der Kreditgewährung an Produktivgenossenschaften noch weiter gingen, als Dr. Pfeiffer nur wolle, sobald die Bedingungen für deren Bestehen vorhanden seien, und daß man noch nie Grund gehabt habe, das in sie gesetzte Vertrauen bedauern zu müssen. Nachdem noch einige weitere Redner über diesen Gegenstand das Wort ergriffen hatten, wurden die Anträge Dr. Pfeiffer's und der Zusatzantrag Germann's von der Versammlung unverändert angenommen, worauf A. Bebel aus Leipzig über die Speisegenossenschaften berichtete. Er kommt zu dem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag, der Vereinstag wolle erklären, daß die Gründung von Speisegenossenschaften für jüngere Arbeiter dringend zu empfehlen, jedoch die innere Einrichtung derselben den jeweiligen lokalen Verhältnissen zu überlassen sei. Hiemit schließen die heutigen Verhandlungen, nachdem die Versammlung beschloffen hatte, die noch nicht erledigten Gegenstände der Tagesordnung durchzubearbeiten.

Dritter Beratungstag, Dienstag den 5. Sept. Präsident Bando verkündigt das Ergebnis der Neuwahl des ständigen Ausschusses. Gewählt sind: Bando (Berlin) 50 St., Lange (Duisburg) 47, Girsh (Magdeburg) 44, Eichelbörfer (Mannheim) 44, Staudinger (Münster) 42, Hochberger (Erlangen, künftig Stuttgart) 41, Sauerer (Gotha) 40, Sonnemann (Frankfurt) 36, Lippold (Mannheim) 35, Bebel (Leipzig) 34, Richter (Hamburg) 25, König (Hannau) 22 St. (Schw. M.)

Köln, 5. Sept. (Köln. Ztg.) Der Hauptgewinn der gestern stattgehabten Ziehung der Dombau-Lotterie, 100,000 Thlr., ist auf das erst gestern Vormittag gefasste Loos eines jungen Kaufmanns in Remel gefallen; ein Nachmeister der 8. Militärbrigade hat die 10,000 Thlr., eine auf der Hochstraße wohnende Magd, welche mit einem Loos beschenkt worden war, 1000 Thlr. gewonnen. Ein gleich hoher Gewinn ist durch eine Kölner Kollekte nach Oberkirchen, der Hauptgewinn von 5000 Thlrn in die Kollekte von Frankfurt a. M. gekommen. Zwei Gewinne von 1000 Thlrn. fielen dem Dom zu, der fünfte Gewinn von 1000 Thlrn. ist ebenfalls einer Kölner Kollekte zu gefallen. Der Abzug der Loose befreit sich auf 372,410 Stück; die übrigen 127,590 Stück wurden demnach für Rechnung des Zentral-Dombau-Vereins zum Besten des Doms gespielt.

Gotha, 2. Sept. Das Staatsministerium hat folgende Bekanntmachung erlassen: Unter Bezugnahme auf die unterm 12. Sept. 1862 erlassene Ministerial-Bekanntmachung wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß am 12. Sept. d. J. die Frist abläuft, binnen welcher die auf Grund des Gesetzes vom 30. Sept. 1847 aus gegebenen herzoglich-sachsen-gothaischen Klassenanweisungen bei der Staatskasse allhier eingereicht und gegen baare Zahlung umgetauscht werden müssen, und daß nach Ablauf der bezeichneten Frist die alten Klassenanweisungen als völlig wertlos zu betrachten sind, auch gegen deren Entwertung eine Verurteilung auf die Rechtswohlthat der Wiedereinlösung in den vorigen Stand nicht stattfindet.

Hamburg, 4. Sept. (Hamb. Nachr.) Die Teilnehmer der beschriebenen Rekognoszierungsfahrt nach dem Nordpol sind sämtlich hier zurückgekehrt, natürlich im höchsten Grade unmutig über den vorgekommenen Unfall, der nicht allein diese, sondern für das laufende Jahr, der vorgerückten Jahreszeit halber, auch jede andere Nordpolfahrt verhindert. Dem Unternehmer erwachsen für seine ungenügende Hin- und Herbewegung beträchtliche Kosten, da er Fracht und Kohlen für zwei Monate im Betrag von ungefähr 500 Pfd. St. und die Ausgaben für Proviantierung, so weit letztere nicht wieder ver-

wertet werden kann, herzugeben hat. Obgleich alle die Anstrengungen für dieses Mal ohne jeden Nutzen gemacht worden sind, hoffen doch sich dafür Interessierende, daß man in Deutschland durch ein kleines äußeres Hindernis sich nicht abschrecken lassen wird, eine große Idee durchzuführen, und daß vielmehr die Zeit bis zum Frühling nächsten Jahres dazu angewendet wird, die nötigen Mittel in reichlichem Maße anzuschaffen, um ganz unabhängig von fremden Nationen, mit deutschen Schiffen, deutschem Gelde und deutschen Gelehrten, sei es eine zweite Rekognoszierungsfahrt, sei es eine nationale Expedition in großem Style auszurüsten. Der beregte Unfall auf der „Queen of the Isles“ ereignete sich am Donnerstag auf der Elbe, ungefähr 1 1/2 Stunden vor Cuxhaven. Die Teilnehmer der Expedition saßen gerade in der Kajüte beim Essen, als sie einen starken Knack hörten, von dem der englische Kapitän jedoch auf Nachfrage erklärte, daß er nichts zu bedeuten habe; bald darauf erfolgten aber kurz nach einander noch zwei starke Stöße, und als Alles auf's Deck eilte, hieß es, die Maschine sei gebrochen und das Schiff könne nicht weiter. Der auf der Tour nach Hamburg vorbereitende englische Steamer „Berlin“ nahm darauf den Kapitän Hagemann nach hier mit, welcher einen Schlepddampfer von hier aus der „Queen of the Isles“ schickte, vermittelst welcher dieselbe am andern Morgen nach Hamburg bugsiert ward. Die Meisten der Teilnehmer blieben die darauf folgende Nacht noch an Bord, um das Entladen der mitgenommenen Vorräte, Instrumente u. s. w. zu besorgen. Die „Queen of the Isles“ wird jetzt hier docken und ihre Maschine herstellen lassen.

Berlin, 4. Sept. Am 2. Sept. hatte die Koalitionskommission wieder eine Sitzung. Das Ergebnis der Beratungen sind folgende definitive Bestimmungen:

- 1) Können die §§ 181 und 182 der Allgemeinen Gewerbeordnung vom 17. Jan. 1845 (Verbot der Koalition der Arbeitnehmer und Arbeitgeber) unter gewissen Bedingungen aufgehoben werden? Antwort: einstimmig „Ja“.
- 2) Sind alsdann gewisse Bestimmungen zum Schutz der an der Koalition nicht Teilnehmenden nötig, und empfiehlt sich in dieser Beziehung die Einführung der sächsischen Gesetzesbestimmung: „Verabredungen von Arbeitern zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. s. w. sind für die Teilnehmer nicht verbindlich. — Annahmung von Strafgewalt über die Genossen, Berufserklärungen und jede Anwendung physischer oder moralischer Zwangsmittel gegen Solche, welche Beschläffen oder Verabredungen der obigen Art nicht beitreten wollen oder von schon gefassten oder getroffenen zurücktreten, werden an jedem Teilnehmer mit Gefängnis bis zu 4 Wochen, an den Anführern und Anführern mit Gefängnis bis zu 8 Wochen bestraft.“ Antwort: „Nein“, 18 gegen 15.
- 3) Sind Strafbestimmungen gegen solche Koalitionsbeschlüsse festzusetzen, welche den Zweck haben, die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen zu nötigen? Antwort: „Nein“, 19 gegen 14.
- 4) Sind Strafbestimmungen nötig gegen Solche, welche Arbeiter zur Koalition anregen, ohne selbst der Kategorie derselben anzugehören? Antwort: „Nein“, 19 gegen 14.
- 5) Sollen diejenigen, die eine Koalition beabsichtigen, bei Strafe angewiesen sein, sich zuerst einem Schiedsgericht zu unterwerfen? Antwort: „Nein“, 19 gegen 14.
- 6) Soll es den unter 5) Gedachten freistehen, sich auf dem Weg der Gesetzgebung bereitgestellten Schiedsgerichten zu unterwerfen? Antwort: „Nein“, 20 gegen 13.

(Eine Resolution, daß es wünschenswert sei, wenn Vertrauensmänner, aus der Zahl der Fachgenossen ohne Mitwirkung der Behörden gewählt, bei vorwährenden Konflikten den Versuch machen, dieselben beizulegen, hatte schon bei einer früheren Abstimmung die Majorität erlangt.)

- 7) Bedingt der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall der §§ 31, 32, 47 und 48 der Verordnung vom 9. Febr. 1849 (freie Wahl der Arbeiter oder Arbeitgeber)? Antwort: „Ja“, einstimmig.
- 8) Bedingt jener Wegfall auch den Wegfall der Meisterprüfung? Antwort: „Ja“, 27 gegen 6. (Die Meisterprüfung war bereits durch eine Resolution zur Beseitigung empfohlen.)
- 9) Sollen dann die Lehrlinge noch gezwungen sein, sich als Gesellen prüfen zu lassen? Antwort: „Nein“, 29 gegen 4.
- 10) Sind bei Genäßung des Koalitionsrechts auch die Hindernisse der Freizügigkeit und freien Niederlassung, sowie das Einzugsgeld zu beseitigen? Antwort: „Ja“, einstimmig.
- 11) Macht der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall von § 139 (subsidiäre Kündigungsfrist von 14 Tagen) nötig? Antwort: „Nein“, 31 gegen 2.
- 12) Erscheint eine Verlängerung der Kündigungsfrist wünschenswert? Antwort: „Nein“, 32 gegen 1.
- 13) und 14) Bedingt der Wegfall der §§ 181 und 182 auch den Wegfall des ersten und zweiten Teils von § 184? Antwort: „Nein“, 20 gegen 13. (Der Wegfall des zweiten Teils war bei der vorläufigen Abstimmung mit 17 gegen 16 bejaht.)

Nach diesen Abstimmungen schritt man zur Beratung von Position 10: Was kann geschehen, um die auf Selbsthilfe beruhenden Genossenschaften zu fördern? — Nach lebhafter Debatte wurde diese Frage durch folgende Resolution beantwortet: Die Kommission spricht den Wunsch aus, die Staatsregierung wolle auf ein möglichst baldiges Zustandekommen eines Gesetzes hinwirken, welches die Regelung der privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften bezweckt, im Uebrigen den Genossenschaften eine möglichst freie Bewegung gestattet.

Halle a. S., 2. Sept. Gestern wurde die erste Strecke der Halle-Kasseler Eisenbahn von hier bis Giesleben dem Verkehr übergeben.

London, 4. Sept. Die Schwindlerbande Louis und Angelina Jordan oder Gordon, und Alexandre Barthe, deren Zusammengehörigkeit ziemlich zweifellos ist, hat vor dem Lord-Mayor gestanden und ist wieder zu späterer Erneuerung des Verhörs in's Gefängnis zurückgebracht worden, da die Verhandlungen eine zu große Ausdehnung einnehmen, um in einer Sitzung erledigt zu werden. Es sind noch Waffen von Schriftstücken aufgefunden worden, und darunter etwa 5000 Briefe mit ausländischen Poststempeln, welche an die verschiedenen angenommenen Firmen der Betrüger adressiert sind; ferner eine Anzahl von Anknüpfungen, die aus ausländischen, meist deutschen Zeitungen geschmitten waren, Anerkennungen von Agenturen und dergl. enthaltend. Wer auf ein solches Gesuch hin sich zur Uebernahme der Agentur meldete, mußte natürlich, ehe seinem Verlangen willfahrt wurde, eine bestimmte Summe, gewöhnlich 20 Thlr., zur Deckung der Kosten für die in London auszuwickelnden Papiere einschicken. Daß

der Beschwindelte, nachdem er seine Gelder abgehandelt, nichts mehr von der großartig angepriesenen Firma hörte, versteht sich von selbst. Da augenscheinlich viele Deutsche in das Netz der Gauner gegangen sind, lassen wir eine Anzahl der verschiedenen Namen oder Firmen folgen, unter welchen das rechtswidrige Geschäft betrieben worden ist: Habibulet u. Comp., Flint u. Comp., Lebon u. Comp., Christie u. Comp., Dutton u. Collins, W. Christie, Stearns Flour Mills, Importation u. Exportation Company, Green u. Comp., Sampson u. Comp., Rogers, Penet u. Comp., L. Jourdan u. Comp., A. B. Rogers u. Comp., Smith and Son, Greenham u. Comp., Blademoind u. Comp., Rigden u. Comp., Gordon u. Comp., Wallett u. Comp., und andere mehr.

Karlsruhe, 5. Sept. Nachdem wegen der Gerichtferien von Mitte Juli bis Ende August keine öffentlichen Sitzungen des großh. Verwaltungsgesichtshofs stattgefunden hatten, war heute wieder eine solche abgehalten.

Es kamen 5 Fälle zur Verhandlung; der großh. Ministerialrath Jolly war als Vertreter des öffentlichen Interesses anwesend. Drei der Fälle betrafen Bürgerannahmen; die Parteien waren durch die Anwälte Krämer, Kufel, Bayer und A. Gutmann vertreten. In zweien davon wurden die abweisenden Bescheidungen der Gemeindebehörden, wie in erster Instanz vor den Bezirksräthen geschähen, bestätigt.

Im dritten Fall war der Refus gegen die Abweisung von Seiten der Gemeindebehörde vom Bezirksrath als begründet erkannt worden. In der zweiten Instanz behauptete der Anwalt der recurrierenden Gemeinde, die das Gesuch ihrerseits aus materiellen Gründen (wegen mangelnden Nahrungszweigs) abgewiesen hatte, die Nichtigkeit des Verfahrens, weil die Gemeindebehörde ihren abweislichen Bescheid nicht in ordnungsgemäßer Form gefaßt und erlassen habe und weil in dem Protokoll über die Verhandlung des Bezirksraths nicht ausdrücklich bemerkt sei, daß die Verhandlung eine öffentliche gewesen.

Der Gerichtshof sprach sich aber — im Einverständnis mit dem Vertreter des öffentlichen Interesses — für die Befähigung des bezirksrathlichen Erkenntnisses aus. Es ging nämlich aus einem vom Gemeinderath und Ausschuss ausgenommenen Protokoll vom 20. Dez. 1864 ganz unzweifelhaft hervor, daß diese Gemeindebehörden das vorliegende Gesuch zurückgewiesen hatten, wie sie denn auch diesen Bescheid während des Rekursverfahrens in zwei Instanzen aufrecht zu erhalten suchten.

Die Thatfache der erfolgten gemeinderathlichen Zurückweisung war also jedenfalls attestmäßig konstatirt.

Für unbegründet mußte auch der zweite formelle Anfechtungsgrund erachtet werden. Es konnte nämlich nicht bewiesen werden, daß die Verhandlung des Bezirksraths in geheimer Sitzung gepflogen worden sei. Allerdings hatte der Bezirksrath in dem Sitzungsprotokoll nicht bemerkt, daß die Sitzung eine öffentliche war, was bei aufmerksamer Geschäftsbehandlung dem Bezirksbeamten nicht hätte entgehen sollen; allein der Letztere gab in dem Bericht, womit die Akten zur Entscheidung eingeschendet wurden, die amtliche Versicherung, daß die Verhandlung eine öffentliche gewesen sei.

Diese Erklärung des Vorsitzenden des Bezirksraths in Verbindung mit der übrigen prozessualen Verhandlung der Frage, wie sie in dem Sitzungsprotokoll beurkundet war, ließ außer Zweifel, daß die Verhandlung öffentlich vorgenommen wurde. (Schluß folgt.)

w. Mannheim, 4. Sept. Kursbericht der Mannheimer Börse. Weizen effektiv hief. Septend 10 fl. 15 G., 10 fl. 45 P., ungarischer 10 fl. bez. 10 fl. 30 P., auf Lieferung per März 10 fl. 45 P. — Roggen eff. 7 fl. 30 G., 7 fl. 45 P. — Gerste eff. hief. Septend 8 fl. 20 G., 8 fl. 24 P., fränkische 8 fl. 15 P., württembergische 8 fl. 6 P., pfläzler 1. 8 fl. 15 P., 8 fl. 20 P. — Hafer eff. 3 fl. 54 G., 4 fl. — Kernen eff. 10 fl. 12 G., 10 fl. 30 P. — Delsamen, hiesländischer Kohlschrot 23 fl. P. — Wobnen 14 fl. G., 14 fl. 30 P. — Linsen 15 fl. 28 P. — Wicken 10 fl. P. — Kleesamen, deutscher 1. 33 fl. 35 P., pfläzler 30 fl. P. — Erbsen 8 fl. P. — Del: Leinöl, eff. Inland in Parth. 21 fl. 45, saßweise 22 fl. P., in Parth. transit 20 fl. 45 P.; Rüböl eff. Inland saßweise 26 fl. 15 G., 26 fl. 45 P., Inland in Parth. 26 fl. 30 P., auf Lieferung Oktober 27 fl. P. — Mehl: Weizenmehl Nr. 0 10 fl. 45 G., 11 fl. P., Nr. 1 9 fl. 12 G., 9 fl. 15 P., Nr. 2 8 fl. 15 P., Nr. 3 6 fl. 15 G., 6 fl. 30 P., Nr. 4 4 fl. 45 P., norddeutsches verhältnismäßig billiger, sächsisches Nr. 0 7 fl. 45 P.; Roggenmehl Nr. 0 und 1, Stettiner 6 fl. 15 P. — Branntwein eff. (50% n. Tr.) trans. (150 Lit.) 17 fl. P. — Spirit 90% trans. 38 fl. G. 39 fl. P. — Petroleum saßweise 22 fl. P. Weizen und Roggen verkehrten in ruhiger Haltung; Gerste regelmäßiger Umsatz, Stimmung matt; Mehl schwache Bedarfsfrage zu unveränderten Preisen; Rüböl war besser beachtet und fand höhere Notierungen; Leinöl fest; Spiritus ruhig; Petroleum belangreicher Umsatz bei steigender Tendenz.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

5. Sept.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28° 02"	+13.0	N.O.	rein	heiter, mild
Mittags 2 "	0.80	+22.0	"	schw. bew.	" warm
Nachts 3 "	0.73	+16.0	"	"	" mild

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 7. Sept. 3. Quartal. 91. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: **Im Wartesalon I. Klasse; Lustspiel in 1 Akt**, von Hugo Müller. Hierauf: **Der Salzdirector; Lustspiel in 3 Akten**, von G. zu Puttlitz. Zwischen beiden Stücken: **Violinkonzert**, von Mendelssohn; vorgetragen von Hrn. Wehrle.

Samstag 9. Sept. 3. Quartal. 92. Abonnementsvorstellung. Zur allerhöchsten Geburtsfeier Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs. Bei festlich beleuchtetem Haus. Zum ersten Male: **Der Deferteur; Oper in 3 Akten**, von Pasquè, Musik von Ferdinand Hiller.

Sonntag 10. Sept. 3. Quartal. 93. Abonnementsvorstellung. **Die Häuber; Trauerspiel in 5 Akten**, von Schiller.

